

Viele Fragen zur K 3575

Bad Schönborn-Mingolsheim (chi). Auf diesen Tag haben viele Bad Schönborner monatelang gewartet: Gestern startete die zweite Erörterungsrunde für die Umgehungsstraße K 3537. Jeder, der beim Karlsruher Regierungspräsidium (RP) schriftlich einen Einwand gegen die geänderte Planung der Umgehung vorgebracht hatte, war geladen und durfte sprechen. „Der Erörterungstermin dient der Erörterung“, erklärte die Vorsitzende Anke Beck vom Planfeststellungsreferat des Präsidiums. Bei einem solchen Termin werden laut eines Sprechers des RP persönliche Einladungen verschickt, wenn es höchstens 50 so genannte Einwander gibt. Sind es mehr, greift die Regel, den Termin öffentlich bekannt zu geben. Für die K 3575 gingen über 100 Einwendungen ein.

Nicht ganz 100 Menschen sitzen gestern in der Ohrenberghalle. Nicht wenige haben dicke Aktenordner dabei. Sie haben nicht nur lange auf diesen Tag gewartet, sondern sich auch vorbereitet. Wie sehr vielen ihr Anliegen regelrecht unter den Nägeln brennt, wird deutlich, als die sorgfältig ausgearbeitete Tagesordnung ziemlich schnell in sich zusammenbricht. Eigentlich sollten die Vertreter vom Landratsamt Karlsruhe, also dem „Vorhabenträger“, so formuliert es Anke Beck, erstmal einen Überblick geben. Wie sieht der geänderte Plan genau aus? Patrick Bohner, Leiter des Amtes für Straßen, kann erläutern, dass laut Planänderung die alte K 3575 nicht zurückgebaut wird, da gibt es die erste Zwischenfrage, die direkt ans Eingemachte geht: Wieso habe man sich vor zehn Jahren dafür entschieden? Was sei mit Variante eins passiert, die Kronau westlicher umfahren wollte? Kronaus Bürgermeister Jürgen Heß erklärt, dass diese Variante wegen geänderter Flächennutzungspläne nicht mehr möglich sei.

Trotzdem gibt es weitere Wortmeldungen zum Thema. Der Hinweis der Vorsitzenden „Dazu kommen wir doch später noch“ verhallte.

Platz 9 für die Region Karlsruhe

Kreis Karlsruhe (BNN). Sehr gute Entwicklungsaussichten bei der Arbeitsmarktdynamik und den Jobperspektiven bescheinigt die „Wirtschaftswoche“ in einem Ranking der Arbeitsmarktregion Karlsruhe. Die Studie der Zeitschrift – gemeinsam mit der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ und der Kölner IW Consult Deutschland – hat anhand von sieben Indikatoren 147 Regionen analysiert und daraus eine Perspektive bis ins Jahr 2020 erarbeitet. Der Raum Karlsruhe schaffte es in die Top Ten und liegt auf Rang 9. Die Arbeitsmarktregionen Stuttgart und Mannheim erreichten die Plätze vier und acht.

Die untersuchten Räume sind zumeist nicht mit den Stadt- und Landkreisen identisch, sondern wurden als zusammenhängende Wirtschafts- und Arbeitsmarktregionen definiert. Zur Region Karlsruhe gehören daher der Stadt- und Landkreis, der Stadtkreis Baden-Baden und der Landkreis Rastatt. Auf pfälzischer Seite wurden zudem die Landkreise Gernersheim und Südliche Weinstraße sowie der Stadtkreis Landau hinzugerechnet. Zu den Indikatoren zählen unter anderem der Anteil der Beschäftigten in Zukunftsbranchen, die Zahl der Ingenieure und demografische Daten.



„Der falsche Weg zum richtigen Ziel“

Geplantes Windkraft-Gesetz löst Unmut aus

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Kreis Karlsruhe. Wohin mit den vielen Windrädern? Eines bei Völkersbach? Eines bei Landshausen? Oder auf der Höhe eines Ettlinger Stadtteils? Nicht auszuschließen, denn wenn es im Landkreis Karlsruhe überhaupt geeignete Standorte für Windkraftanlagen gibt, finden sie sich beispielsweise dort – nicht aber in Oberhausen und Forchheim. 1 000 weitere Windräder sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung bis 2020 neu gebaut werden. Dafür soll es eine „windkraftfreundliche“ Novellierung des Landesplanungsgesetzes geben. Ein Vorhaben, das in seiner derzeit ersichtlichen Form Landrat Christoph Schnaudigel und Regionalverbandsdirektor Gerd Hager in Wallung bringt. Den Ausbau der Windkraft stellen beide nicht in Frage, aber die Vorgehensweise. Gerd Hager bringt die Stuttgarter Überlegungen auf einen

Nenner: „Der falsche Weg zum richtigen Ziel.“

Die Sachlage war bisher so, dass die Regionalverbände so genannte Vorranggebiete, die für den Bau einer Windkraftanlage sinnvoll erschienen, und Ausschlussgebiete auswiesen, wo es besser unterbleiben sollte. Wichtiger Gedanke dabei war der Ausgleich und die Diskussion zwischen den Mitgliedsgemeinden – für einen definierten Raum wurden Standorte vorgeschlagen, die verhindern sollten, dass Wildwuchs entsteht. Das ist nach der geplanten Gesetzesänderung hinfallig. Die Städte und Gemeinden sollen bis 31. August ihre Flächennutzungspläne ändern. „Ausschlussgebiete“ wie bisher soll es nicht mehr geben, nur noch Vorranggebiete (siehe Stichwort und Angemerkt). Anders ausgedrückt: Mit wenigen Ausnahmen wie etwa Naturschutzgebieten wäre es dann möglich, nahezu überall Windkraftanlagen darzustellen.

Landrat Schnaudigel sieht mit den grün-roten Ideen eine ganze Reihe von Schwierigkeiten verbunden. Anders als bislang gebe es künftig kein Gesamtkonzept. Die Planung demokratisch legitimierter Gremien würde mit einem Federstrich hinfallig, moniert Schnaudigel, der die anstehende Änderung kritisch bewertet. Mit Hager ist er einer Meinung, dass

die Gemeinden kaum in der geforderten Frist die Flächennutzungspläne ändern können. „Das ist ein komplexer Vorgang, für den man wenigstens anderthalb Jahre Zeit veranschlagen sollte“, sagt der Chef des Regionalverbands. Dabei wehren sich beide nicht gegen Windkraftanlagen, „aber man braucht dafür eine auf eine Region ausgerichtete planerische Handhabe.“ Schnaudigel befürchtet, dass künftig das Landratsamt wohl fast jedem Antrag auf den Bau eines Windrades stattgeben müssen, solange die Vorgaben des Immissionsschutzgesetzes eingehalten werden.

Das aber könnte mannigfache Konflikte zwischen einzelnen Gemeinden hervorrufen, „weil die meisten guten Standorte an Gemarkungsgrenzen liegen“, wie Gerd Hager sagt. Die Höhe zwischen Malsch-Völkersbach und Gaggenau-Freiolsheim ist da nur ein Beispiel. Im Hügelland und im Schwarzwald könne möglicherweise überall dort, wo es sich wirtschaftlich lohnt, ein Windrad beantragt werden. Die bisherige Zuständigkeit der Regionalverbände habe einen „Rettungsschirm gespannt“, mit der der „Industrialisierung des Außenbereichs“ entgegengesteuert wurde.

In der weiteren Region Karlsruhe gilt die „Teufelsmühle“ bei Loffenau als der windtechnisch geeignetste Standort. Auch in Richtung Gernsbach, Gaggenau, Bühl, Baden-Baden oder Forbach ist die Ausgangslage günstig. Im Kreis Karlsruhe ist das insgesamt überschaubarer. Neben Völkersbach oder auch Landshausen könnte auch an der Abbruchkante Grötzingen/Weingarten über eine Anlage nachgedacht werden.

Service

Informationen zum Thema gibt es im „Windatlas“ der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: www.lubw.de oder unter windatlas-bw.de.

Stichwort

Windhöffigkeit

Ein bei der Windenergieebatte häufig verwandter Begriff, der schlicht die „Eignung von Standorten für Windkraft“ beschreibt. Das Adjektiv „höffig“ ist aus der Bergmannssprache entnommen – es bedeutet so viel wie „versprechend“. madl

Angemerkt

Grün-Rot macht auch im Land ernst mit der beschlossenen Energiewende. Das muss man positiv sehen. Wäre es nicht so, müsste man davon ausgehen, dass die gesamte Republik in einigen Jahren in einem Maß von Energieimporten abhängig wäre, das wohl kaum beabsichtigt war.

Man kann bei der Vorgehensweise aber auch Mängel entdecken, die tief in die bislang gewohnten öffentlichen Strukturen hineinreichen. Die Aufforderung an die Gemeinden, binnen eines knappen Jahres Flächennutzungspläne zu ändern und Windkraftstandorte auszu-

weisen, wird erhebliche Probleme aufwerfen. Denn Windkraft ist nicht immer beliebt. Vor allem, wenn es um die Standorte der Windräder geht.

Was bisher berechtigter Weise System war, wird ausgehebelt – die regionale Abstimmung. Die Regionalverbände sind in der Lage, auch den vermehrten Standortbedarf im demokratischen Konsens darzustellen. Die Chance scheint vertan. Stattdessen könnte sich in Sachen Windräder Wildwuchs breit machen. Auch wenn es kaum beabsichtigt war. Matthias Kuld



RANKENDE BROMBEEREN präsentieren sich in ihrem bunten Herbstkleid.



STACHLIG bleiben die Disteln, auch wenn sie nicht mehr frisch und grün sind.



STARKE KONTRASTE: Gelber Ahorn auf blauem Himmel. Fotos: lec

Gelb und Rot lösen im Kreis das Grün ab

Kreis Karlsruhe (BNN). Chlorophyll wird abgebaut, Anthocyane und andere Farbstoffe treten in den Vordergrund. So hört es sich an, wenn Botaniker den Herbst in chemischen Prozessen beschreiben. Die Wirklichkeit ist schöner.

Die grüne Natur verkleidet sich ein letztes Mal: Gelb, Rot, Orange und die ersten Brauntöne übernehmen jetzt die Vorherrschaft und tauchen die Landschaft im Landkreis in ein wunderschönes, buntes Farbenmeer. Übrigens: es ist das schwindende Licht, das Pflanzen im Herbst dazu bringt, ihren grünen Farbstoff abzubauen.

Räuber-Trio fesselt Frau in ihrer Wohnung

Baden-Baden (BNN). Ihre Gutmütigkeit ist einer 61-Jährigen teuer zu stehen gekommen. Nach Angaben der Polizei hatte die Frau vor drei Tagen eine 40-Jährige aus dem ehemaligen Jugoslawien mit zwei männlichen Begleitern in ihrer Wohnung in Baden-Baden aufgenommen. Am Dienstag wurde sie dort völlig überraschend von einem der beiden Männer niedergeschlagen und an einen Stuhl gefesselt. Auch ihr 26-jähriger Sohn, der gegen 18 Uhr von der Arbeit nach Hause kam, wurde von den beiden niedergeschlagen und gefesselt. Das Trio plünderte die Wohnung. Es flüchtete mit dem Auto der Geschädigten. Ein Bewohner des Mehrfamilienhauses hörte Klopf- und Stöhngeräusche. Durch das Fenster sah er die gefesselte 61-Jährige. Die Polizeibeamten leiteten sofort eine Fahndung ein.

Mit der Dampflok unterwegs im Ländle

Ettlingen (BNN). Das 40-jährige Jubiläum der Ulmer Eisenbahnfreunde ist noch einmal Anlass für eine ganztägige Dampfzugfahrt am Samstag, 8. Oktober, durch Baden-Württemberg. Abfahrt ist um 7 Uhr in Karlsruhe. Ziel sind unter anderem Amstetten und Ulm. Die Rückkehr ist gegen 21.30 Uhr geplant.

Am Sonntag, 9. Oktober heißt es dann „Musikdampf und Dampfmusik“ mit der Dixieband „Hardt Stompers“. Die Fahrt mit Bewirtung führt von Ettlingen-West (10 Uhr) über Karlsruhe (10.30 Uhr) und Bruchsal (11.20 Uhr). Infos und Fahrkarten unter (0 15 77) 72 88 52 44 oder www.sonderzug24.de.

Einen Korb voll badischer Äpfel für die Kanzlerin

Philippsburger Thomas Gerner trifft Angela Merkel in Berlin und stellt seine Ernährungsinitiative vor

Philippsburg/Berlin (of). Wieso im Bundes-tag badische Äpfel geknabbert wurden? Thomas Gerner hat die Kanzlerin mit Obst beschenkt – und „den halben Bundestag“ dazu. Der Vater zweier erwachsener Söhne arbeitet als stellvertretender Gastronomieleiter und Gesundheitsmanager im Wiesentaler SB-Warenhaus Globus. Mit seiner privat initiierten „Pro-Apfel-Aktion“ wirbt er für gesunde Ernährung und sorgt in der Region für Schlagzeilen (die BNN berichteten). „Der Lebenswandel, vor allem die Ess- und Trinkgewohnheiten sowie genügend Bewegung können Krankheiten und Leiden lindern“, sagt der 48-jährige Philippsburger. Politiker, Sportler, Unterhaltungskünstler und Sterneköche unterstützen ihn, loben und befürworten sein Engagement. Jetzt hat der nimmermüde Aktionist, das nächste Ding gedreht und Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin mit badischen Äpfeln sowie Saft der Streuobstinitiative im Stadt- Landkreis Karlsruhe versorgt.

Bundestagsabgeordneter Olav Gutting hatte für einen Termin bei der Kanzlerin „zwischen dem Empfang mit dem griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou und der Euro-Rettungsschirm-Abstimmung“ gesorgt. Im Reisegepäck Gerners befand sich neben einem Empfehlungsschreiben des Karlsruher Oberbürgermeisters Heinz Fenrich („Die Aktion findet meine volle Unterstützung“) auch eines von Landrat Christoph Schnaudigel („zentrale Themen, denen wir uns auch auf der Ebene des Landkreises Karlsruhe annehmen“).

Die Bundeskanzlerin nahm den von der Obst- und Gemüse-Absatzgenossenschaft Nordbaden/Bruchsal (OGA) spendierten Obstkorb mit den roten Äpfeln dankend an und schaute interessiert in die von Gerner mitgebrachte Badischen Neuesten Nachrichten mit einem früheren Artikel über die „Pro-Apfel-Aktion“. Sie wollte von ihm wissen, wie er auf eine so „coole Idee“ gekommen sei. Thomas Gerner wird von der Regierungschefin sogar ihr Lieblingsrezept bekommen. Sie versprach ihm, schon bald persönlich zu schreiben. Wie Angela Merkel die aktuelle AOK-Gesundheitsaktion und seine initiierten „Pro-Apfel-Aktionen“ an Schulen

Ein Schreiben vom Landrat im Gepäck

findet? „Das ist eine überaus gute und nachhaltige Sache. Dass Sie in ihrem Vorhaben so intensiv von vielen Menschen unterstützt werden, freut mich für Sie“, lobte die CDU-Vorsitzende, die sich im Anschluss voll bepackt auf den Weg zur Parlaments-Abstimmung machte. Der in der Nähe stehende gebürtige Hoffenheimer CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hatte, ebenso wie Annette Schavan, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Geschehnisse verfolgt. Beide durften sich im Anschluss ebenfalls an den badischen Äpfeln laben, wobei sich Kauder in „Wilhelm-Tell-Manier“ einen Apfel auf den Kopf legte, was für allgemeine Erheiterung sorgte.

Noch bevor Thomas Gerner von der Regierungschefin empfangen wurde, war er zu Gast beim Berliner Promifrisör Udo Walz in einer seiner Salons auf dem Kurfürstendamm.



IN DER HAND den Korb mit den roten Äpfeln, der Blick geht jedoch in die BNN, die Kanzlerin Merkel gemeinsam mit Thomas Gerner anschaut. Foto: Of